

# Und bist du nicht willig...

## Der Bundesrat, die Uno-Befürworter und die Meinungsfreiheit

von Erika Vögeli, Zürich

Was schon seit einiger Zeit offensichtlich ist, bestätigt auch ein offizielles Papier aus Bern mit dem Titel: *Das Engagement von Bundesrat und Bundesverwaltung im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen*, vom November 2001\*. Der Bundesrat verfolgt seine eigenen politischen Ziele, auch wenn er dazu keinen Auftrag vom Volk hat. Er hat für sich ein «neues Demokratieverständnis» formuliert, ohne das offen zu diskutieren. Er ist nicht mehr Behörde für alle, sondern Partei. Damit hat sich auch das politische Klima deutlich verändert: indem sich die Regierung anmassiert, die Meinungen des Souveräns zu beurteilen und zu bewerten, missachtet sie grundsätzliche Prinzipien der Demokratie: Gewaltenteilung und Neutralitätspflicht bei Wahlen und Abstimmungen.

Wo aber die Regierung nicht mehr die Gesamtheit des Volkes vertritt, sondern einseitig Partei wird, wo der Staatsapparat sich einseitig für und einseitig gegen einen Teil der Bürger einsetzt, ist – unausgesprochen – auch das schweizerische Staatsmodell grundsätzlich in Frage gestellt, ist der ehrliche, pluralistische Dialog und das föderalistisch von unten nach oben aufgebaute Staatswesen gefährdet. Mit ihrer Parteinahme schwingen sich Bundesrat und Verwaltung auf über den Souverän, das Volk. Die Töne sind mitunter unüberhörbar: «Wir brauchen einen Bundesrat, der führt...!» Der Bundesrat führt, wir folgen – soll das tatsächlich unsere neue Staatsräson sein? Wollen wir das?

Der Bundesrat ist dabei, das Vertrauen, das man ihm bisher entgegenbrachte, grundsätzlich zu verspielen.

Nicht erst jetzt, aber auch im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 3. März über den Uno-Beitritt werden diese Entwicklungen in alarmierender Weise deutlich.

### Eine Volksinitiative, die keine ist

Schon das Zustandekommen der Uno-Volksinitiative hat einen fragwürdigen Hintergrund: Mitte Januar 2000, sechs Wochen vor Ablauf der Sammelfrist am 6. März 2000, fehlten immer noch 20'000 Unterschriften. Aller Erfahrung nach ist eine Volksinitiative damit gescheitert und kein Anliegen des Volkes.

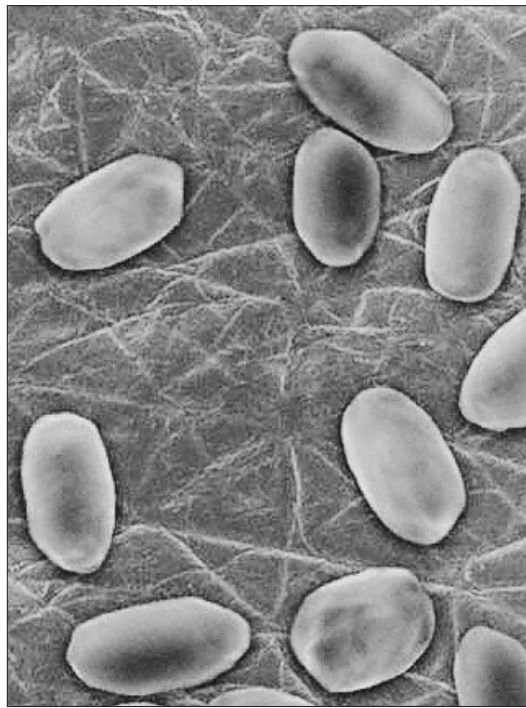
Daraufhin erhielten Hunderte von Bundesbeamten verwaltungsintern ein Schreiben, das sie zu einer «privaten innerbetrieblichen Sammlung» aufforderte, um die Uno-Initiative zu unterstützen.

«Ein Diplomat im Aussenministerium EDA, Emanuel Jenny, hat es selbst verfasst. «Als Leiter der Sektion Uno», schrieb er, «arbeite ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der vordersten Verwaltungsfrente an der Umsetzung dieses Bundesratszieles.» (Weltwoche vom 23.1.2000) Ein Bundesratsziel, nota bene, nach zwei klar anders lautenden Volksentscheiden: 1986 stimmte kein einziger Kanton einem Uno-Beitritt zu, und 1994 verwarfen 18 1/2 Stände die Blaulhelm-Vorlage.

Die Beamten im Bundeshaus sollten Unterschriften sammeln und sie dem verwaltungsinternen Diplomaten persönlich zustellen. Schliesslich wird die Initiative – deren Zustandekommen der Bundesrat sich sehnlichst wünschte – mit 124'772 Unterschriften eingereicht – eine Zunahme von rund 40'000 Unterschriften in sechs Wochen!

Mit anderen Worten: Ganze Mitarbeiterstäbe des Staatsapparates werden zur Umkämpfung von Volksentscheiden eingesetzt, um den Volkswillen nach des Bundesrates Gusto zu prägen. Anstatt den Volkswillen zu vollziehen, fühlen sich Bundesrat

und Verwaltung vom Volkswillen in ihren Plänen gestört und missbrauchen ihre Macht zur «Gestaltung» des Volkswillens für ihre Zwecke. Und: Ein politisches Recht des Volkes – die Initiative – wird zu einem Werkzeug der Exekutive umfunktioniert.



Anthrax-Terror als Uno-Argument?

### Bundesrat und Verwaltung missbrauchen ihre Position und unsere Steuergelder

Unter dem Titel «An der Urne Key-Player und Schiedsrichter zugleich» kritisiert die *Sonntagszeitung*, dass der Bundesrat sich als Partei etabliert und in Rollenkonflikte verstrickt. (Sonntags-Zeitung vom 25.11.2001, Seite 5)

Diese Doppelrolle und der damit verbundene Interessenkonflikt zeigt sich beispielsweise in den völlig ungenügenden Stellungnahmen in Bern, u.a. des Departements des Bundespräsidenten auf drei Bio-Terror-Drohungen gegen Uno-Nein-Exponenten. Departemente und gewisse Parteien brachten es aufgrund ihrer Parteilichkeit nicht fertig, solche kriminellen Vorgänge im Sinne einer Besinnung auf staatspolitische und demokratische Grundvoraussetzungen klar und vorbehaltlos zu verurteilen. Der Pressesprecher des Bundespräsidenten, Daniel Eckmann, wollte sich zu diesen Vorgängen «sicher nicht» äussern. (vgl. den Artikel «Stellungnahmen aus Bern») Angesichts der möglichen Gefährdungen für Mitbürger, angesichts der Unsicherheiten und Ängste der Betroffenen eine reichlich kaltschnäuzige Reaktion.

432 Kommunikationsspezialisten (Laut Tages-Anzeiger die «Grösste Schweizer PR-Agentur») sind ständig – schon Jahre vor einer Abstimmung

– damit beauftragt, die öffentliche Meinung via Medien, Informationskampagnen, Beeinflussung von Organisationen, Verbänden und Vereinen so auf die Marschrichtung des Bundesrates einzustimmen, dass der eigentliche Abstimmungskampf auf diesem «Informationssteppich» aufbauen kann. 220 Vollzeitstellen «befassen sich ausschliesslich mit Öffentlichkeitsarbeit. Zum Vergleich: Die Vereinigung der Bundeshaus-Journalistinnen und -Journalisten zählt gerade 100 Mitglieder.» (TA vom 26.4.2001)

### Bundesrat will Medienmanipulation

An Pressekonferenzen lassen sich solche Vertreter der obrigkeitlichen Meinung als «liebe Kolleginnen und Kollegen» zu den geladenen Journalisten zählen, «wohl wissend, dass das Geschäft mit Hintergrundinformationen und Indiskretionen aus dem Bundeshaus Verbindungen und Abhängigkeiten schafft, welche die Grenzen zu den lieben Kollegen von

der Presse unscharf werden lassen». (TA, 26.4.2001)

Damit die «lieben Kollegen» in den Medien auch richtig berichten, greift mitunter gar der Bundesrat selber ein: Bekannt geworden ist ein Schreiben des damaligen Vorstehers des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an die Chefredaktoren der Schweizer Zeitungen vor der Abstimmung über die Bundesverfassung. Darin dankt der damalige Bundesrat Arnold Koller den Redaktoren herzlich «für Ihren Einfluss und Ihre wohlwollende Unterstützung» und für «das Engagement». Kurz vor der Abstimmung fürchtet der Bundesrat eine zu geringe Stimmbeteiligung der Befürworter: «Und deshalb wende ich [BR A. Koller] mich nochmals [!] an Sie: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei Ihrem journalistischen «Endspurt» diesen Aspekt in geeigneter Form hervorheben könnten.»

### Leserbriefvorlagen, Foliensätze und Standardvorträge

Seit Jahren liefert die Verwaltung im Vorfeld von Abstimmungen umfangreiche Dokumentationen, die ausschliesslich die politischen Ziele des Bundesrates unterstützen: durchweg einseitige Materialien wie Broschüren, Musterreferate in verschiedensten Varianten, farbige Projektorfoliensätze, Videos, Computerdiscs, Leserbriefvorlagen – alles mit Steuergeldern finanziert. Artikel 11 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte vom 17.12.1976 erlaubt demgegenüber nur «kurze, sachliche» Abstimmungserläuterungen, die «auch den Auffassungen wesentlicher Minderheiten Rechnung» tragen (das «Bundesbüchli»).

Auch Verbände, Sportorganisationen, Vereine usw. werden vom Bundesrat angegangen, die «richtige» Parole zu fassen – wohl wissend um deren Bedeutung als Multiplikatoren! Der «Schweizerische olympische Verband», heute «Swiss Olympic» beschloss im November nicht zur UNO Stellung zu nehmen. Im Januar wurde jedoch ein Rückkommensantrag gestellt, weil es «nötig sei», Stellung zu nehmen. Der Wink sei vom Bundesrat gekommen, Sportminister ist Samuel Schmid. Trotz erneut gleichem Entscheid liessen sich mehrere Funktionäre von «Swiss Olympic» mit Bild und Titel für Inserate einspannen.

### Früher «Pfui», heute «Huuii»

Die Bundesverwaltung weiss sehr wohl um die «Veränderungen der Praxis der Bundesverwaltung im Vorfeld eidgenössischer Abstimmungen». (Pressemitteilung der Schweizerische Bundeskanzlei vom 21. November 2001) Eine Intervention wurde früher selbstverständlich unterlassen, da man niemals in die Nähe staatlicher Propaganda, kommen wollte «wie sie aus totalitären Staaten bekannt war. Lieber nahm man den Nachteil fehlender Information auf sich, als das Risiko, eine beliebige Form von «Propagandaministerium» zu schaffen.» (In: «Das Engagement von Bundesrat und Bundesverwaltung im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen», a.a.O. S. 5f.)

### Neues Demokratieverständnis

Das «neue Demokratieverständnis» (a.a.O. S. 8) des Bundesrates führt dazu, dass der Abstimmungskampf nun von längerfristigen Planungsstudien (a.a.O.S. 31) und späteren Umfragen (a.a.O. S. 25) begleitet wird, um die Stimmbürger strategisch und taktisch

angepasst an die Argumente der Gegner «informieren» zu können.

«Die öffentlichen Auftritte der Mitglieder des Bundesrates bilden einen wichtigen Teil der behördlichen Kampagne» (a.a.O. S. 37), heisst es im selben Papier. Dabei «geht es nicht nur darum, die Zuhörerinnen und Zuhörer zu überzeugen, sondern auch darum, die Berichterstattung in den Lokalmedien zu fördern. Die Lokalmedien «sollen vermehrt zu Hintergrundgesprächen mit dem zuständigen Mitglied des Bundesrates und Fachexperten nach Bern eingeladen werden, damit die regionale Berichterstattung gefördert werden kann.» (a.a.O. S. 37). DDR-Chef Honnecker oder die Moskauer Prawda hätten vor Neid erblinden können: Was ihnen noch fehlte, ist die Ummantelung ihrer staatlichen Propaganda- und Manipulationsapparate mit einem derartigen orwellischen Neusprech. Wo sie platt und hart formulierten, verfügen die heutigen «Kommunikationsspezialisten» über die Fähigkeit, alles in psychologisch wohlüberlegte wattierte Worte zu fassen.

### Auch für die Jugend: Manipulation statt staatsbürgerlicher Unterricht

Dass Vertreter des Bundesrates mit entsprechendem Outfit «auf jugendlich» gemacht werden und mit Vertretern der Musikszene auftreten, lässt einen wahrlich am staatsbürgerlichen Selbstverständnis unserer Magistraten mehr als zweifeln.

Genauso geschmacklos und politisch inakzeptabel das «Vote-In» in der «noch nie so vollen Toni-Molkerei, dem derzeit hipsten Klub in Zürich West» (NZZ vom 16./17.2.2002, S. 45).

«Das Stimmkuvert sollte bei ausgehändigten Fashion-Victims, politabstinenten Kunstschaaffenden oder desinteressierten Studenten für einmal zum wichtigsten Party-Accessoire werden, statt im Altpapier zu landen: Einlass erhielt nur, wer sein Stimmkuvert oder einen Ausländerausweis dabei hatte.» (NZZ, 16./17.2.2002, S. 45) Mit dabei: Kantonsräte, Regierungsrat Notter, Stadtrat und Stadtpräsidentenkandidat Ledergerber und viele andere. Einem Teilnehmer, dessen Stimmzettel noch nicht ausgefüllt war, weil er nicht wusste, wie das gehe,

wird «in einer Schnellbleiche Nachhilfe in Sachen Staatskunde gegeben. Er wird nicht der Einzige gewesen sein, der den Unterschied zwischen der Uno und einem Fiat Uno nicht kennt.» (NZZ, 16./17.2.2002, S. 45) Angesichts einer Abstimmung mit so weitreichenden Konsequenzen für unser Land, wie es die Uno-Abstimmung vom 3. März darstellt, ist es mehr als eine Verhöhnung unserer Jugend, sie derart abzuspeisen und politisch missbrauchen zu wollen.

### Machtmissbrauch mit Volksrechten korrigieren.

Es ist der Moment gekommen, wo Bürgerinnen und Bürger aufstehen müssen, um dieser demokratiefeindlichen, systematischen Manipulation einen Riegel zu schieben. Wie zu vernehmen ist, wird das Stoppen der Bundespropaganda zur Zeit in vielen Kreisen erörtert. Wen diese Frage beschäftigt, kann sich mit dem «Komitee für faire Meinungsbildung» Postfach 817, 8044 Zürich in Verbindung setzen. Mit den Volksrechten muss die Korrektur dieser Entwicklung möglich sein. Wir sind bereit mitanzupacken. •

### Mentale Grunddisposition erschüttern

Nationalrat Andreas Gross (SP) erläuterte den Sinn von Informationssteppichen in einer Sitzung der Staatspolitischen Kommission: «Es geht um die Erschütterung der mentalen Grunddisposition ... Es geht darum, wie man welche Wörter besetzt.» (vgl. *Sonntags-Zeitung*, 25.11.2001)

\* Zu beziehen bei: Bundeskanzlei, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern, oder unter [www.admin.ch/ch/d/pore/index2.html](http://www.admin.ch/ch/d/pore/index2.html).